



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Stefan Schuster, Dr. Herbert Kränzlein, Klaus Adelt, Harald Güller, Martina Fehlner, Günther Knoblauch, Andreas Lotte, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen SPD**

**Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 100 neue Planstellen für die Mobile Reserve
(Kap. 03 20 Tit. 422 01; Kap. 03 02 Tit. 461 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 03 20 (Bereitschaftspolizei) werden im Tit. 422 01 100 neue Planstellen für die Mobile Reserve ausgebracht.

Für die neuen Planstellen wird im Kap. 03 02 (Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A – Allgemeine Innere Verwaltung) im Tit. 461 01 (Zur Verstärkung der Personalausgaben des Epl. 03 A) der für das Haushaltsjahr 2015 veranschlagte Ansatz von 3.871,0 Tsd. Euro um 3.512,0 Tsd. Euro auf 7.383,0 Tsd. Euro und der für das Haushaltsjahr 2014 veranschlagte Ansatz von 34.058,0 Tsd. Euro um 3.512,0 Tsd. Euro auf 37.570,0 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Zurückgehend auf einen Beschluss des Landtags (Drs. 12/9761) werden seit 1995/1996 für Ausfallzeiten von Polizeibeamtinnen aufgrund Schwangerschaft, Mutterschutz und Elternzeiten zwischenzeitlich 240 zusätzliche Stellen bereitgestellt. Wie aus der Antwort der Staatsregierung auf eine Schriftliche Anfrage (Drs. 17/492) hervorgeht, ist derzeit „ein Ausgleich der Elternzeiten nach den Kriterien der Mobilien Reserve (...) nicht in vollem Umfang möglich.“

Im Zuge der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll durch die zusätzlichen Planstellen für die Mobile Reserve ermöglicht werden, dass die genommenen Elternzeiten und familienpolitischen Beurlaubungen (auch wenn sie von Polizeibeamten in Anspruch genommen werden) in vollem Umfang ausgeglichen werden können.